

1. Vorbemerkungen

Der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald (nachfolgend ALB) beabsichtigt, die Verwertung von Altpapier aus seinem Entsorgungsgebiet ab dem 01.07.2025 neu zu vergeben. Als öffentlicher Auftraggeber ist die ALB verpflichtet, diese Leistungen im Rahmen eines Vergabeverfahrens neu zu beauftragen. Die ALB ist somit für die ausgeschriebene Leistung sowohl Auftraggeber als auch ausschreibende Stelle.

Die hier vorliegenden Vergabeunterlagen erläutern die zu vergebenden Leistungen textlich und sollen den Bieter in die Lage versetzen, sein Angebot so zweifelsfrei wie möglich zu kalkulieren und zu formulieren. Für die Angebotsausarbeitung und Kalkulation der angebotenen Leistung stehen dem Bieter unter anderem die Bewerbungs- und Angebotsbedingungen, die Leistungsbeschreibung (incl. Vertragsentwurf und Anlagen) sowie die Angebotsformulare (incl. Preisblätter) zur Verfügung. Aus den Anlagen kann der Bieter weitere Rahmenbedingungen zum Leistungsinhalt entnehmen.

Die den Bietern zugänglich gemachten Unterlagen dürfen nur zur Erstellung des Angebotes und zur Erfüllung des eventuell folgenden Auftrages benutzt werden. Jede Benutzung für andere Zwecke ist untersagt.

Der Bieter wird gebeten, die Vergabeunterlagen bei Erhalt auf Vollständigkeit zu überprüfen. Sollten Unterlagen unvollständig sein, sind fehlende Seiten unverzüglich über das Deutsche eVergabe-Portal anzufordern.

Die Angebote können nur elektronisch über die genannte Vergabeplattform abgegeben werden.

Kosten, die bei der Bearbeitung des Angebotes entstehen, werden vom Auftraggeber nicht erstattet.

Die ALB wird nach Abschluss der Auswertung der Angebote, voraussichtlich im Mai 2025, über die Vergabe entscheiden. Damit wird den Unternehmen ein ausreichender Dispositionsrahmen bis zum Leistungsbeginn gegeben.

2. Beschreibung der Leistung

2.1 Allgemeine Regelungen der Leistungserbringung

2.1.1 Grundlagen der Zusammenarbeit

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, mit dem Auftraggeber einen Vertrag abzuschließen. Grundlage hierfür ist der beiliegende Vertragsentwurf und alle in dieser Ausschreibung beschriebenen Umstände, Vorgaben und Bedingungen. Der mit dem Entwurf bereits vorformulierte Vertragstext wird bei Vertragsabschluss lediglich um die noch fehlenden und teilweise erst durch die Ausschreibung ermittelbaren, angebotsspezifischen Angaben ergänzt. Vertragspartner ist der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald (hier vertreten durch den Betriebsleiter des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald (ALB)).

Der Auftragnehmer erklärt sich bereit, die vertraglichen Bedingungen –soweit vergaberechtlich möglich- den jeweils geltenden abfallrechtlichen Bestimmungen und der abfallwirtschaftlichen Zielsetzung sowie der Satzung des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfälle (Abfallwirtschaftssatzung) anzupassen.

Bei notwendigen Leistungsänderungen verpflichten sich die Vertragsschließenden, diesen Vertrag -soweit möglich- an die geänderten Verhältnisse anzupassen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die erforderlichen Änderungen auf Grundlage der dem Vertrag beiliegenden Kalkulationen und der Regelungen des Preisrechts durchzuführen.

Beide Vertragspartner verpflichten sich zur einvernehmlichen Zusammenarbeit.

Alle vom Auftragnehmer genutzten Daten im Rahmen der Leistungserbringung dürfen nicht zu anderen Zwecken verwendet werden und sind dem Auftraggeber bei Vertragsende ausnahmslos zu übergeben. Der Auftragnehmer unterliegt den datenschutzrechtlichen Bestimmungen.

2.1.2 Zielsetzung der Ausschreibung

Ziel der Vergabe ist es, durch geeignete abfallwirtschaftliche Maßnahmen eine kostengünstige und zugleich umweltgerechte, sichere und gesetzeskonforme Verwertung des Altpapiers aus dem Gebiet des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald sicherzustellen.

2.1.3 Kennzeichnung von Geheimnissen

Der Bieter wird aufgefordert, die Teile seines Angebotes, die ein Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis beinhalten, deutlich zu kennzeichnen. Geschieht dies nicht, kann die Vergabekammer im Falle eines Nachprüfverfahrens von seiner Zustimmung auf Einsicht durch andere Verfahrensbeteiligten (z. B. andere Bieter) ausgehen (vgl. § 111 Abs. 3 GWB).

2.1.4 Art der Ausschreibung

Die Ausschreibung wird EU-weit im offenen Verfahren gemäß den Vorschriften der Vergabeverordnung (VgV) durchgeführt.

2.1.5 Kurzbeschreibung der Leistung

Die ausgeschriebenen Leistungen umfassen im Wesentlichen folgende Einzelleistungen

- Übernahme des Altpapiers an den beiden Übergabestellen des für die Sammlungen des Altpapiers zuständigen Unternehmens
- Durchführung sämtlicher notwendiger Transport- und Verwertungslogistikeleistungen
- Verwertung/ Vermarktung des übernommenen Altpapiers in gesetzlich zugelassenen Anlagen (inkl. Entsorgung anfallender Sortierreste bzw. Störstoffe)

2.1.6 Leistungszeitraum

Die zu vergebenden Leistungen sind im Zeitraum 01.07.2025 bis 31.12.2026 zu erbringen.

Gesetzesvorbehalt: Ändern sich einschlägige abfallrechtliche bzw. andere gesetzliche Bestimmungen und sind deshalb Änderungen des Vertrages notwendig oder zweckmäßig, sind die Vertragspartner verpflichtet, notwendige Vertragsanpassungsverhandlungen zu führen und interessengerecht umzusetzen. Kommt eine Einigung nicht zustande, sind die Vertragspartner berechtigt, den Vertrag unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zu kündigen.

2.1.7 Vorgesehene Satzungsänderungen

Bis zum Leistungsbeginn sind hinsichtlich der ausgeschriebenen Leistungen keine Änderungen der Abfallwirtschaftssatzung des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald geplant

2.1.8 Fahrzeugtechnik

Die vom Auftragnehmer eingesetzten Fahrzeuge müssen mit einem Rußpartikelfilter ausgestattet sein und müssen mindestens die EURO VIc Norm einhalten. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber auf dessen Anforderung die entsprechenden Fahrzeugpapiere der eingesetzten Fahrzeuge zu zeigen, u. a. um die Einhaltung der EURO-Abgasnorm zu belegen.

Weiterhin sind die bestehenden Umweltzonen in der Stadt Freiburg zu beachten. Informationen hierzu sind unter <http://www.freiburg.de/pb/Lde/232971.html> zu finden.

Im Falle einer Erweiterung der Umweltzonen sind auch diese zu beachten. Eventuelle Mehrkosten, die aufgrund der Umfahrung der Umweltzonen dem Auftragnehmer entstehen, werden vom Auftraggeber nicht erstattet.

Mautgebühren, die für das Befahren der Straßen erhoben werden, sind in die Angebotspreise

mit einzurechnen. Eventuelle Mehrkosten, die aufgrund der Erweiterung mautpflichtiger Straßen dem Auftragnehmer entstehen können, werden von Auftraggeber ebenfalls nicht erstattet.

2.1.9 Genehmigungen/ Zertifikate

Der Auftragnehmer muss spätestens bis zum Vertragsbeginn über alle erforderlichen Genehmigungen/ Zertifikate verfügen, die zur Durchführung der ausgeschriebenen Leistungen erforderlich sind. Diese Genehmigungen/ Zertifikate sind dem Auftraggeber auf gesondertes Verlangen vorzulegen. Weiterhin sind diese über die gesamte Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten

2.2 Spezielle Regelungen der Leistungserbringung

2.2.1 Erfassungssysteme und Mengen des Altpapiers (PPK)

Das kommunale Altpapier (PPK) wird entsprechend dem Stand der Technik und den derzeit geltenden gesetzlichen Vorgaben getrennt von den anderen Abfallfraktionen eingesammelt. Die Erfassung des Altpapiers (PPK) im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald erfolgt über drei Sammelsysteme: Papiertonne, Recyclinghöfe/ regionale Abfallzentren sowie Vereinssammlungen.

An die Papiertonnen, welche im 4-wöchentlichen Rhythmus geleert werden, sind ca. 85 % der Haushalte angeschlossen. Über dieses System werden ca. 82 Gewichts-% des gesamten im Landkreis anfallenden Altpapiers (PPK) erfasst.

Die Sammlung des Altpapiers (PPK) auf den Recyclinghöfen und den beiden regionalen Abfallzentren erfolgt über Presscontainer, Abrollcontainer (Abrollcontainer z. T. nicht gedeckelt) und über Umleerbehälter. Insgesamt werden über diese Einrichtungen ca. 11 Gewichts-% des gesamten im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald anfallenden Altpapiers (PPK) gesammelt.

Die restlichen ca. 7 Gewichts-% der gesamten im Landkreis anfallende Altpapiermenge wird in Form von Bündelsammlungen durch ortsansässige Vereine erfasst.

Zusammen mit dem sogenannten „kommunalen Altpapier“ werden über die im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald bestehenden Sammelsysteme auch Verkaufsverpackungen miterfasst. Nach dem Verpackungsgesetz kann der Auftraggeber von den Betreibern dualer Systeme (BdS) verlangen, dass sie die Sammelsysteme, welche zur getrennten Erfassung von Altpapier (PPK) eingerichtet sind, mitbenutzen. Andererseits können die BdS fordern, dass einer dem Massenanteil der Verpackungen entsprechende Anteil des gesammelten Altpapiers (PPK) vom Auftraggeber herausgegeben wird bzw. dass sie an den vom Auftraggeber erzielten Verwertungserlösen anteilmäßig beteiligt werden.

In der bestehenden Mitbenutzungsvereinbarung (Laufzeit: 01.01.2024 – 31.12.2025) zwischen dem Auftraggeber und den BdS ist geregelt, dass 35 Gewichts-% der Gesamterfassungsmenge

an Altpapier (PPK) aus den drei Sammelsystemen auf die Systembetreiber entfallen. Weiterhin haben sich nach dieser Vereinbarung 7 Systembetreiber zu einer physischen Herausgabe des Altpapiers (PPK) entschieden. Somit lassen 3 Systembetreiber das ihnen zustehende Altpapier (PPK) durch den Auftraggeber mitverwerten. In der Anlage 2 ist für das Jahr 2024/ 1. Quartal 2025 aufgeführt, welche Systembetreiber nach der bestehenden Mitbenutzungsvereinbarung eine Herausgabe des Altpapiers fordern und welchen (vorläufigen) Marktanteil sie im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald (Baden-Württemberg) einnehmen. Die hieraus resultierenden Mengen an Altpapier (PPK), welche im Jahr 2024 sowie im Januar 2025 an die Systembetreiber herausgegeben, für die Systembetreiber mitverwertet bzw. als eigenes Altpapier durch den Auftragnehmer selbst verwertet wurden, sind in der Anlage 3 dargestellt.

Eine Mitbenutzungsvereinbarung ab dem 01.01.2026 ist noch zu schließen. Die Inhalte dieser neuen Vereinbarungen sind zum Zeitpunkt der Ausschreibung daher noch nicht bekannt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass weiterhin ca. 35 Gewichts-% der Gesamterfassungsmenge an Altpapier (PPK) auf die Systembetreiber entfallen und dieser Massenanteil entweder an die BdS physisch herauszugeben oder im Rahmen dieses Vertrages mit zu verwerten ist. Bei der Herausgabe des Altpapiers (PPK) geht der Auftraggeber von einem Massenanteil von 60 – 80 % aus.

Auch ist zu beachten, dass derzeit nicht genau absehbar ist, wie sich die Altpapiermengen (PPK) in den kommenden beiden Jahren entwickeln.

Zum Erstellen der Mengenangaben in den Preisblättern geht der Auftraggeber davon aus, dass sich die Altpapiermengen (PPK) während der Vertragslaufzeit nur geringfügig nach unten bewegen, der Massenanteil an Altpapier (PPK), welcher an die Systembetreiber entfällt, bei 35 % bleibt und der Massenanteil des herauszugebenden Altpapiers (PPK) bei 75 % liegt. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich nur um Prognosen zu Wertungszwecken der abgegebenen Angebote handelt.

Anhand dieser Prognosen haben die Bieter im Rahmen der Angebotskalkulation für die tonnagebezogenen Leistungen folgende Mengen zu berücksichtigen:

Altpapier (PPK), welche vom Auftraggeber in 18 Monaten über die drei Systeme gesammelt werden:

Mengenspannbreite:	23.100 Mg - 26.500 Mg
Auswertungsgröße:	25.200 Mg

Altpapier (PPK), welches auf die Betreiber der Dualen Systeme fällt (ca.35 Gewichts-%):

Mengenspannbreite:	8.100 Mg – 9.300 Mg
Auswertungsgröße:	8.850 Mg

Altpapier (PPK) der Systembetreiber, welches durch den Auftraggeber mitverwertet wird:

Mengenspannbreite:	1.750 Mg – 3.550 Mg
Auswertungsgröße:	2.220 Mg

Hieraus ergibt sich eine Menge an Altpapier (PPK), welche in der Vertragslaufzeit von 18 Monaten durch den Auftragnehmer abzuholen und zu verwerten ist.

Mengenspannbreite:	17.800 Mg – 19.700 Mg
Auswertungsgröße:	18.600 Mg

Diese Menge wird in den Preisblättern zu Wertungszwecken für das Handling und der Verwertung des Altpapiers (PPK) zugrunde gelegt.

Diese Mengenangaben in den Preisblättern basieren auf Prognosen. Darüber hinaus liegen dem Auftraggeber keine Erkenntnisse vor, die - abgesehen von den typischerweise auftretenden Schwankungen - eine wesentliche Änderung in den Mengengerüsten erwarten lassen. Der Auftragnehmer hat darüber hinaus die Möglichkeit, sich anhand der Angaben in den Anlagen selbst ein Bild des zukünftigen Gesamtszenarios zu machen. Mögliche Abweichungen der tatsächlichen Gewichtsmengen oder sonstigen Leistungsannahmen zu den Mengenaufkommen der Vergangenheit oder den vom Auftragnehmer selbst zu Grunde gelegten eigenen Prognosen oder den in den Preisblättern angegebenen Mengengerüsten bzw. sonstigen Leistungsannahmen allein berechtigen keinen der Vertragspartner dazu, eine Anpassung der Vergütung zu verlangen. Keinesfalls berechtigen Mengenabweichungen gegenüber den Angaben in den Preisblättern in einem Korridor von +/- 25 % die Vertragspartner zu einem Entgeltanpassungsverlangen. Diese Mengenschwankungen hat der Auftragnehmer auf jeden Fall in seine Angebotspreise einzukalkulieren. § 2 Nr. 3 VOL/B bleibt unberührt. Mengenabweichungen außerhalb des Korridors von +/- 25 % begründen dann einen Anspruch des einen Vertragspartners gegen den jeweils anderen Vertragspartner auf eine Anpassung der Entgelte, wenn die Mengenveränderung nachweislich die Kostenstruktur des Auftragnehmers wesentlich beeinflusst. Die Führung des Nachweises obliegt derjenigen Vertragspartei, die eine Entgeltanpassung begehrt.

2.2.2 Qualität des Altpapiers (PPK)

Die Anlieferung des gesamten im Gebiet des Landkreises Breisgau Hochschwarzwald gesammelten Altpapiers (PPK) erfolgt an den beiden Übergabestellen in der Gemeinde Buggingen und der Stadt Freiburg.

Eine Sortierung des Altpapiers (PPK) findet an den Übergabestellen nicht statt. Bei der zu übernehmenden Sammelware handelt es sich somit ausschließlich um Altpapier (PPK) der Qualität „unsortiertes gemischtes Altpapier“. Die Art der getrennten Erfassung stellt eine marktübliche Qualität des Altpapiers (PPK) sicher. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass die Qualität der Sammelware durch Fehlwürfe (Störstoffe) gemindert ist. Auf Grund einer durchgeführten Pa-

pieranalyse im Jahr 2018 ist von einem Anteil an Störstoffen im Jahresmittel von weniger als 3 Gew.-% auszugehen.

Der Betreiber der Umschlagstellen ist verpflichtet, das im Namen des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald gesammelte Altpapier (PPK) von anderen Abfallfraktionen getrennt zu halten. Der Betreiber der Umschlagstellen hat darüber hinaus insbesondere sicherzustellen, dass das Papier keine Gerüche von anderen Abfälle annimmt. Weiterhin hat dieser dafür zu sorgen, dass eine ausreichende Reinhaltung im Bereich der Umschlagstellen gewährleistet ist, um das umzuschlagende Altpapier (PPK) vor Verschmutzung und Nässe zu schützen.

Auf Grund der Erfassung des Altpapiers (PPK) auf den Recyclinghöfen sowie bei den Vereins-sammlungen ist seitens des Auftraggebers nicht auszuschließen, dass das Papier trotz trockener Lagerung bei den Übergabestellen z. T. auch feucht sein kann.

2.2.3 Übernahme des Altpapiers

Die Übernahme des Altpapiers erfolgt an den beiden Übergabestellen:

Remondis GmbH & Co.KG
Siemensstraße 16
79108 Freiburg

Remondis GmbH & Co.KG
Werkstraße 20
79426 Buggingen

Die Abholung des Altpapiers hat während den Öffnungszeiten von Montag-Freitag in der Zeit von 7.00 Uhr -17.00 Uhr zu erfolgen. Dies bedeutet für den Abholer, dass er nicht vor 7:00 Uhr in die Übergabestelle einfahren kann und spätestens um 17:00 Uhr die Anlage verlassen haben muss. Dies bedeutet bei einer durchschnittlichen Beladungszeit von 50 Minuten, dass das letzte Fahrzeug des Transporteurs des Bieters spätestens 50 Minuten vor Ende der Öffnungszeit an der jeweiligen Umschlagstelle eingetroffen sein muss.

Die Übernahme des Altpapiers hat so zu erfolgen, dass der Betreiber der Übergabestellen nicht mehr als 150 Mg an Altpapier pro Anlage zwischenlagern muss. Die Abholung des Altpapiers hat daher regelmäßig, also unabhängig von der Betriebsfähigkeit der von ihm genutzten Annahmestelle (z. B. Verwertungsanlage) während den Öffnungszeiten der beiden Übergabestellen zu erfolgen.

Auch ist der Auftragnehmer verpflichtet, sich mit dem Betreiber der Übergabestellen über die notwendigen Abholzeiten/-vorgänge und Abholtage der jeweiligen Folgeweche wöchentlich einvernehmlich abzustimmen.

Bei den Planungen der Abholungen ist zu berücksichtigen, dass die bei den Übergabestellen angelieferten Mengen an Altpapier (PPK) neben den monatlichen auch wöchentlichen Schwan-

kungen unterliegen (siehe Tabelle).

Tabelle:

Beispiel der wöchentlichen Anliefermengen in Mg von Altpapier (PPK) aus den drei Sammelsystemen bei den Übergabestellen in Buggingen und Freiburg (Mai - August 2024)

	Buggingen	Freiburg	gesamt
KW 18	122,85	65,79	188,64
KW 19	290,07	168,57	458,64
KW 20	116,81	91,59	208,40
KW 21	284,08	144,87	428,95
KW 22	105,98	61,35	167,33
KW 23	283,62	139,85	423,47
KW 24	121,92	94,95	216,87
KW 25	285,51	134,25	419,76
KW 26	111,31	80,67	191,98
KW 27	270,38	128,37	398,75
KW 28	136,99	127,99	264,98
KW 29	300,48	146,82	447,30
KW 30	125,29	55,54	180,83
KW 31	245,87	199,29	445,16
KW 32	122,17	87,84	210,01
KW 33	282,37	121,74	404,11
KW 34	109,47	39,48	148,95
KW 35	216,66	142,68	359,34

Für den Fall nicht rechtzeitig erfolgter Abtransporte hat die ALB die Möglichkeit, auf Kosten des Auftragnehmers einen Dritten mit dem Abtransport des Altpapiers (PPK) zu beauftragen.

Der Abtransport des Altpapiers kann mit Containerzügen oder mit Schubbodenfahrzeuge (zulässiges Gesamtgewicht bis 40 Mg und einer Länge bis 20 m) erfolgen. Die Anfahrt zu den Umschlagstellen sind über öffentliche bzw. entsprechend ausgebaute und asphaltierte Straßen uneingeschränkt gewährleistet und möglich. Auch ist das Befahren der Umschlagstellen uneingeschränkt möglich und diese sind so dimensioniert, dass die Containerzüge und Schubbodenfahrzeuge ausreichend Fläche zum Rangieren haben.

Die Beladung der Transportfahrzeuge - inklusiv Ein- und Ausgangsverwiegung – sollte innerhalb von ca. 50 Minuten (durchschnittliche Ladezeit 2022) erfolgen. Diese Ladezeiten können jedoch nach unten und oben deutlich abweichen.

Vom Betreiber der Umschlagstellen wird gewährleistet, dass die Transportbehältnisse vollstän-

dig befüllt werden. Die von den Umschlagstellen zu erreichenden Mindestmengen sollten bei den Containerzügen ca. 14 Mg (bei 72 m³) für die Schubbodenfahrzeuge (90 m³ Ladekapazität) ca. 19,0 Mg betragen. Je nach Zusammensetzung des Mischpapiers (Anteil an Kartonagen) kann es jedoch zur deutlichen Unterschreitung der Mindestmenge kommen. So betrug die Auslastung der Satteltransporte im Jahr 2024 zwischen 15,59 Mg und 23,57 Mg, wobei die durchschnittliche Auslastung bei 19,81 Mg lag. Weiterhin ist vom Auftragnehmer zu berücksichtigen, dass sich die Zusammensetzung des Altpapiers und somit das spezifische Gewicht des Altpapiers während der Vertragslaufzeit verändern kann. (z. B. dass sich der tendenzielle Rückgang der grafischen Papiere (Zeitungen, Illustrierten) fortsetzt).

Die Beladung der Container bzw. der Walking-Floor-Fahrzeuge erfolgt durch den Betreiber der Übergabestellen. Eine Verdichtung des Altpapiers findet hierbei nicht statt.

Die Verwiegung des übernommenen Altpapiers erfolgt durch den Betreiber der Übergabestellen und ist für den Auftragnehmer kostenlos. Der vorschriftsmäßige Betrieb der Waage wird durch den Betreiber der Übergabestellen gewährleistet. Die Verwendung gespeicherter Fest- und Leergewichte auf der Waage ist nicht zulässig.

Zur Abrechnung mit dem Auftraggeber sind diesem die Wiegescheine unterschrieben vom Betreiber der Übergabestelle sowie dem Auftragnehmer vorzulegen.

2.2.4 Verwertung und Handling des übernommenen Altpapiers

Der Auftraggeber legt als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger besonderen Wert auf eine ordnungsgemäße und qualitativ hochwertige Verwertung des übernommenen Altpapiers (PPK). Das Altpapier ist daher grundsätzlich im Sinne des Verpackungsgesetzes und des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in einer dafür zugelassenen Anlage stofflich zu verwerten. Die stoffliche Verwertung des vom Auftraggeber übernommenen Altpapiers (PPK) ist Aufgabe des Auftragnehmers.

Darüber hinaus werden dem Auftragnehmer für die Verwertung und ggf. Aufbereitung des Altpapiers seitens des Auftraggebers keine Vorgaben gemacht. Dem Auftragnehmer ist daher freigestellt das an der Übergabestelle übernommene Altpapier (PPK) direkt einer Verwertungsanlage zuzuführen oder es zwischenzulagern, zu sortieren und erst dann zu einer Verwertungsanlage zu transportieren. Findet eine solche Sortierung des Altpapiers statt, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, die eventuell anfallenden Sortierreste bzw. Störstoffe einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen. Die Kosten für die Entsorgung sowie für alle erforderlichen Transporte trägt der Auftragnehmer und sind von diesem bei seiner Angebotskalkulation zu berücksichtigen.

2.2.5 Dokumentation

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, regelmäßig Nachweise zu erbringen, welche Mengen an Alt-

papier übernommen und welche Mengen einer stofflichen Verwertung zugeführt wurden. Die Nachweisführung hat sich an rechtliche Vorgaben zu orientieren bzw. falls solche nicht vorliegen, ist die Form der Nachweisführung mit dem Auftraggeber abzustimmen. Grundsätzlich gehören dazu die Wiegedaten der Verwertungsanlage, die monatlich in tabellarischer Form bis zum 15. Arbeitstag des Folgemonats dem Auftraggeber per Email zu übermitteln sind.

2.2.6 Abrechnungsgrundlagen

- Preis für das Handling ab den vorgegebenen Übergabestellen

In diesen Preis sind alle notwendigen Transport- und Verwertungslogistikleistungen einzurechnen. Auch sind in diesem Preis die Kosten für eine eventuelle Umladung, Zwischenlagerung und Sortierung (incl. Entsorgung der Sortierreste und Störstoffe) zu berücksichtigen. Diese Kosten sind getrennt von den Verwertungserlösen auszuweisen.

Die Abrechnung erfolgt auf der Grundlage der tatsächlich vom Auftragnehmer übernommenen und an der von den Übergabestellen verwogenen Tonnage.

- Preis für die Verwertung

Die Abrechnung erfolgt auf der Grundlage der vom Auftragnehmer übernommenen und an den Übergabestellen verwogenen Tonnagen und des im Vertrag definierten indexbasierten Marktpreises

Die Wiegescheine, welche als Abrechnungsgrundlage dienen, haben folgende Punkte auszuweisen:

Datum, Uhrzeit, Ein- bzw. Ausgang, Abfallart, Fahrzeugkennzeichen, Menge und Transporteur.

2.2.7 Rechnungslegung und Abrechnung mit dem Auftraggeber

Die Auftragnehmer hat monatlich, spätestens bis zum 15. des Folgemonats, eine detaillierte Abrechnung für die tatsächlich erbrachten Leistungen vorzulegen. Dieser monatlichen Abrechnung sind sämtliche abrechnungsrelevanten Wiegescheine beizulegen.

Abrechnung der Handlingkosten

Die Rechnungen für die Handlingkosten sind stets mit der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer zu stellen.

Abrechnung der Verwertungserlöse

Die Abrechnung der Verwertung erfolgt auf der Grundlage eines Marktpreises. Dieser Marktpreis ermittelt sich nach dem Index der Großhandelsverkaufspreise für Altmetalle und Altpapier, Gemischtes Altpapier (2015=100, EN 643 Nr. 102 früher B12) des Statistischen Bundes-

amt. Abzurufen unter: [Statistisches Bundesamt Deutschland - GENESIS-Online: Tabelle abrufen \(destatis.de\)](https://www.destatis.de/Genesis) (Tabelle: 61281-006)

Der Marktpreis wird monatlich an diesen Index angepasst. Bei der Anpassung ist der Index vom Vormonat des abzurechnenden Monats zu verwenden.

Ergibt sich hieraus eine Gutschrift für den Auftraggeber, so ist der prozentuale Anteil des für die BdS mitverwertete Altpapier (PPK) mit gesetzlicher Umsatzsteuer, der prozentuale Anteil des Altpapiers (PPK), welches dem Auftraggeber zusteht, ohne gesetzlicher Umsatzsteuer in Rechnung zu stellen.

Beispiel (fiktiv)

Annahme: Im Monat August 2025 wurden durch den Auftragnehmer 1.000 Mg Altpapier (PPK) bei den Übergabestellen abgeholt. Nach der Mitbenutzungsvereinbarung fallen 35-Gewichts% auf die Systembetreiber, wobei an diesem Massenanteil 25 % auf die Systembetreiber entfallen, die sich für eine Mitverwertung des Altpapiers (PPK) durch den Auftraggeber entschieden haben. Hieraus errechnen sich die Erlöse, die mit gesetzlicher Umsatzsteuer abgerechnet werden sollen, wie folgt:

35 % von 1.000 Mg: entspricht 350 Mg Altpapier (PPK), das an die Systembetreiber entfällt.

Hieraus 25 %: entspricht 87,50 Mg Altpapier (PPK), das durch den Auftraggeber mitverwertet wird. Die Erlöse aus diesen 87,50 Mg Altpapier (PPK) sind mit gesetzlicher Umsatzsteuer zu berechnen. Die restlichen 650 Mg Altpapier (PPK), die auf den Auftraggeber entfallen, sind ohne gesetzliche Umsatzsteuer zu berechnen.

Erlöse (Zahlungen), die sich aus der Verwertung des Altpapiers (PPK) ergeben, sind entsprechend dem Massenanteil der BdS und dem Massenanteil der ALB in zwei getrennten Gutschriften (Rechnungen) mit dem Auftraggeber abzurechnen. Hierbei ist zu beachten, dass bei den Gutschriften, die sich aus der Verwertung des Massenanteils der BdS ergeben, die gesetzliche Umsatzsteuer auszuweisen ist. Gutschriften, die sich aus der Verwertung des Massenanteils der ALB ergeben, sind hingegen ohne Umsatzsteuer zu berechnen. Zuzahlungen an den Auftragnehmer sind sowohl für das den BdS als auch das der ALB zustehende Altpapier (PPK) mit der gesetzlichen Umsatzsteuer zu berechnen.

Die Abrechnungen für das Handling können hingegen in einer Rechnung (mit gesetzlicher Umsatzsteuer) erfolgen.